

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 66 (1979)  
**Heft:** 16

**Rubrik:** Aus Kantonen und Sektionen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

von der internen Verbandszeitschrift mit 250 Exemplaren bis zur dreisprachigen Grosszeitschrift über Technik mit einer Auflage von über 300 000 Exemplaren. Die Broschüre enthält wichtigste Angaben «über die aus christlicher Sicht empfehlenswerten Kinder- und Jugendperiodika». In der Einleitung der Veröffentlichung erklärt Leo Buchs, Geschäftsführer des Pressesekretariates, dass die «Comic-Heftli» den Markt nach wie vor beherrschen und dass die konfessionell und pädagogisch ausgerichteten Zeitschriften an den Kiosken nicht zu finden seien. Leo Buchs schreibt ferner: «Das Ziel wenigstens der nicht kommerziell ausgerichteten Kinderzeitschriften ist: Die Leser zu selbständigem, kritischem, verantwortungsbewusstem Denken und Handeln zu ermuntern, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu fördern, sie hellhörig und feinfühlig für eigene und fremde Bedürfnisse zu machen, ihnen keine heile, sondern eine veränderbare Welt vorzuführen, in der es Mängel, Missstände und Ungerechtigkeit ebenso wie viele Möglichkeiten «zum Guten hin» gibt.

## Aus Kantonen und Sektionen

### Zürich:

#### «Gerechtere Verteilung der Hochschullasten»

Die Nichthochschulkantone müssen nach den Worten von Bundespräsident Hans Hürlimann einen Teil der ihnen zukommenden Verantwortung übernehmen, dies nicht nur im Interesse einer studienwilligen Jugend, sondern auch unter staatspolitischen Gesichtspunkten. In einer Ansprache an der Einweihung der ersten Bauetappe der Universität Irchel auf dem Milchbucksattel in Zürich betonte er, dass es um eine gerechte Verteilung der Lasten gehe.

Das Vertrauen der Jugend, so meinte Bundespräsident Hürlimann, werde zum Teil dadurch bestimmt, ob wir diese Aufgabe erfolgreich bestünden. «Ich halte es deshalb für entscheidend», erklärte er wörtlich, «dass als unabdingbare Voraussetzung für alle Massnahmen, sei es von seiten der Hochschulkantone, sei es von seiten des Bundes, diejenigen Kantone, die bis jetzt noch nichts an die Deckung der Hochschulkosten beigetragen haben, ihre Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Vermeidung des Numerus clausus konkret unter Beweis stellen.» Die staatspolitische Idee für unseren föderativen Staat sei nicht teilbar und konkretisiere sich letztlich in der Verantwortung mit- und füreinander zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund.

Die Universität Zürich hat laut den Erklärungen

von Bundespräsident Hürlimann seit Beginn ihres Bestehens ihre grosse Volksverbundenheit in einer Reihe von Abstimmungen unter Beweis gestellt. Doch diese Verbundenheit ist, wie den Erklärungen des Bundespräsidenten zu entnehmen war, auch an Bedingungen geknüpft. «In der Masse, als die Hochschulen und ihre Angehörigen ihre Aufgaben darin sehen, durch die Hingabe an ihre Arbeit dem Volke zu dienen, und die Absolventen der Universitäten im Studium nicht primär einen Weg zu höherem Einkommen sehen, sondern eine Möglichkeit, sich in besonders qualifizierten Berufen als Ärzte, Lehrer, Ingenieure und Richter für die Anliegen der Mitmenschen zu engagieren, werden Öffentlichkeit und Steuerzahler auch bereit sein, weiterhin die notwendigen Mittel für die Hochschulen zur Verfügung zu stellen.»

Nach Bundespräsident Hürlimann bildet die Universität Zürich als grösste Schweizer Universität einen Viertel aller Studierenden in der Schweiz aus. Bis heute gewähre sie uneingeschränkten Zugang für Studierende aus allen Kantonen. Dabei stammen nur ein Drittel ihrer Studenten aus dem Kanton Zürich. Rund ein Drittel der Ausgaben der acht Hochschulkantone entfalle auf Zürich. «Diese ausserordentlichen Leistungen im Interesse des ganzen Landes verdienen den uneingeschränkten Dank und Anerkennung», erklärte er.

Er gab auch der Hoffnung Ausdruck, dass andere Kantone dem Beispiel Zürichs folgen mögen und insbesondere die Gründung der Medizinischen Akademie am Kantonsspital in St. Gallen bald Wirklichkeit werde und so die notwendige Ergänzung zu den zürcherischen Leistungen liefere.

#### *Gilgen: «5000 Franken pro Student»*

Nach Angaben des zürcherischen Erziehungsdirektors Alfred Gilgen in einer Ansprache an der Einweihung der ersten Bauetappe der Universität Zürich-Irchel streiten sich die Erziehungsdirektoren noch mit den Finanzdirektoren um die Höhe der Beiträge der Nichthochschulkantone an die Hochschulkantone. Persönlich sei er immer noch der Meinung, 5000 Franken pro Student und Jahr sei nicht zu hoch gegriffen, vor allem, wenn man bedenke, dass für die ausserkantonale Ausbildung eines Molkereifachmannes 8000 Franken pro Jahr als angemessen akzeptiert werde.

#### *257 Millionen für erste Bauetappe*

Vor acht Jahren, am 14. März 1971, hatte das Zürchervolk einen Gesamtkredit von 600 Millionen Franken für den Ausbau der Universität Zürich bewilligt. Hauptbestandteil dieses Ausbaus ist die neue Universität Zürich-Irchel auf dem Milchbucksattel, ebenfalls noch inmitten der Stadt gelegen. Bei diesem Ausbau handelt es sich um

ein Milliardenprojekt, sind doch im Rahmenkredit die Bundesbeiträge noch nicht enthalten. Die erste Etappe, für die ein Nettokredit von 153 Millionen gewährt worden war, kostete 257 Millionen. Mit ihr sind für 1400 Studierende, vor allem für Studenten der Medizin und der Naturwissenschaften, Plätze in Instituten und Hörsälen geschaffen worden.

Bereits gab der Kantonsrat auch den Kredit für die zweite Etappe von 116 Millionen frei. Zusammen mit der zweiten Etappe, die voraussichtlich 1983 beendet sein wird, stehen dann 2500 Plätze zur Verfügung. Die Studentenzahl – heute 14 000 – dürfte in den nächsten Jahren rapid ansteigen: 1983 rechnet man mit 16 300, 1987/88 sogar mit 17 500 Studierenden.

#### **Luzern:**

##### **«Zu viele Versuche» an der Primarschule**

Die Schulpflege Ebikon hat an ihrer letzten Sitzung vor den Sommerferien beschlossen, mit Beginn des kommenden Schuljahres den Französischunterricht an der Primarschule zu stoppen. Denjenigen Schülern, die bereits die fünfte Klasse mit Französisch besuchten, wird allerdings auch im Schuljahr 1979/80 Fremdsprachenunterricht erteilt.

Seit der Einführung des Französischunterrichts an den fünften und sechsten Klassen der Primarschule, das heisst seit sieben Jahren, habe sich die Schulpflege Ebikon immer wieder mit dieser Neuerung befasst, heisst es in einer Pressemitteilung. An den letzten beiden Sitzungen sei zur Diskussion gestanden, ob das neue, zur Erprobung angebotene Lehrmittel eingesetzt oder ob der Französischunterricht an der Primarschule bis auf weiteres eingestellt werden solle.

##### *Lehrer: «Schüler überbelastet»*

Vor ihrem Entscheid über die Weiterführung des Französischunterrichts an der Primarschule hörte die Schulpflege die Lehrer an, die diesen Unterricht erteilten. Dabei äusserten die Lehrer die Meinung, die Primarschüler müssten derzeit zu viele Versuche «über sich ergehen lassen» (neue Mathematik, neue Sprachbetrachtung, neuer Heimatkunde- und Sachunterricht). Dies führe zu einer Überbelastung der Schüler, denn der Unterrichtsstoff in den übrigen Fächern könne nicht zugunsten des Französischunterrichts reduziert und auch die Wochenstundenzahl müsse auf der gegenwärtig geltenden Höhe belassen werden. Damit seien jene Schüler, die bereits in der fünften und sechsten Klasse in Französisch unterrichtet würden, gegenüber den andern Schülern bei der Aufnahmeprüfung für die Sekundarschule benachteiligt.

#### **Schaffhausen:**

##### **Schaffhausen und die Universitätskantone**

Der Stand Schaffhausen war im Februar des Vorjahres im ganzen Land eher unangenehm aufgefallen: Er hatte damals einen Kredit von knapp 200 000 Franken im Kreis anderer deutschschweizerischer Nichthochschulkantone als kantonalen Beitrag an die Erhöhung der Klinikkapazität von drei deutschschweizerischen Universitäten in einer Abstimmung verweigert. Seither wird der Beitrag von diesen bzw. von den Universitätskantonen «gestundet». Wer sich über diesen interkantonalen Zustand Gedanken machte, fühlte sich genötigt, etwas zu dessen Behebung zu tun. Als Aktionszentrum hat sich in dieser Sache die Kantonsschule bzw. deren Lehrerschaft und Rektorat erwiesen. Von dort kam die Anregung, es sei unter dem Stichwort «Bildig nützt allne» ein Teil des «gestundeten» Beitrags nicht einfach über ein neues Kreditbegehren, sondern durch eine freiwillige Aktion einzubringen. Dabei machte ein beachtlicher Teil der Schülerschaft der Kantonsschule mit, indem diese in Freizeitarbeit das Entgelt für Handreichungen in privaten und öffentlichen Betrieben der Aktion überweisen liess. Nebst anderen Sammlungsmotivationen wurden sodann die «Ehemaligen» der Kantonsschule zur Kasse gebeten. Jetzt liegt das Sammlungsergebnis aus mehreren Monaten vor. Es beträgt rund 70 000 Franken, was nicht als überbordend qualifiziert werden kann: weder gemessen an den erstrebten Zielen noch gemessen an der Befürchtung, der «Numerus clausus» könnte die Schaffhauser erfassen, die ganz besonders von der Nähe der Universität Zürich profitieren. Der initiale Sekretär des Grossen Rates gibt sich als Leiter der Aktion zufrieden und kündigte an, dass noch in diesem Jahr über die, nebst diesem Sammelergebnis, noch «geschuldeten» 125 000 Franken an drei Jahresbeiträgen abgestimmt werden könnte. Hoffentlich hat die mit viel Schwung inaugurierte Aktion die Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und die Gefahren des Numerus clausus zuhanden der Abstimmung ausreichend verbreitet.

NZZ vom 17. 7. 79

## Mitteilungen

#### **«Neuere Kinderbibeln»**

Die bewährte interkonfessionelle Empfehlungsschrift «Neuere Kinderbibeln» des Schweizerischen Jugendbuchinstituts Zürich (Arbeitskreis Jugend und Religion) liegt in neuer, von Regine Schindler und Frank Jehle sorgfältig überarbei-